

Immer mehr Gegner des Landtauschs

Stadt und Kanton Zug planen einen Landtausch, um einen neuen Kantonsratssaal erbauen zu lassen. Das letzte Wort dabei hat der Grosse Gemeinderat. Die beratende Kommission empfiehlt eine Ablehnung.

Tijana Nikolic

Und weiter geht's beim Thema neuer Kantonsratssaal im Regierungsgebäude Zug. Nun hat die Geschäftsprüfungskommission der Stadt Zug (GPK) über das Vorhaben beraten und abgestimmt. Anwesend an der Sitzung waren ebenfalls der städtische Finanzvorsteher Urs Raschle sowie der Zuger Baudirektor Florian Weber. Die GPK lehnt den dafür geplanten Landtausch mit dem Kanton Zug mit fünf Nein- zu einer Ja-Stimme deutlich ab, wie es im GPK-Bericht heisst. Sie empfiehlt somit dem Grossen Gemeinderat der Stadt Zug (GGR), den Tausch an der GGR-Sitzung vom 29. April abzulehnen.

Geplant ist, dass ein Anbau für den neuen Ratssaal auf einer Teilfläche (610 Quadratmeter) des Nachbargrundstücks auf dem Landsgemeindeplatz erstellt wird, die im Besitz der Stadt ist. Die Gründe für eine Erweiterung seien unter anderem, weil es im Sommer schnell sehr heiss im jetzigen Saal werde, was unangenehm sei. Aber auch weil die Kapazitätsgrenze bei Besuchenden schnell erreicht sei.

Der Kanton bietet der Stadt dafür zum Tausch Realersatz im Wert von rund 1,8 Millionen Franken, der jedoch noch definiert werden muss. Der Stadtrat und die Baudirektion des Kantons Zug haben hierzu, vorbehaltlich der Genehmigung durch den GGR, einen Vorvertrag abgeschlossen. Das kommt bei diversen Personen und Interessenvertretern nicht gut an. Die Bevölkerung und die unmittelbare Nachbarschaft haben erst aus einem Artikel dieser Zeitung



So könnte der Anbau für einen neuen Kantonsratssaal südlich des Zuger Regierungsgebäudes einst aussehen.

Bild: IG Erhalt Landsgemeindeplatz/zvg

von diesem Vorhaben erfahren. An der GPK-Sitzung wurden diverse Punkte rund um die Erweiterung diskutiert. Beispielsweise, ob die Voliere abgebrochen werden müsse. Dazu heisst es von der Stadt: «Vorgespräche im Zusammenhang mit der Realisierung des neuen Kantonsratssaals haben stattgefunden. Die Voliere müsste

abgebrochen werden.» Die Stadt befinde sich im Austausch mit dem Ornithologischen Verein, um die aktuelle Situation und die zukünftige Ausrichtung der Voliere gemeinsam zu besprechen.

«Dazu wird es sicher noch vertiefte Diskussionen geben. Mit oder ohne Saalneubau wird politisch diskutiert, was lang-

fristig mit der Voliere passieren soll und ob die Bevölkerung die Voliere auch zukünftig an diesem Standort haben will», so die Antwort des Stadtrats.

Stadt will nicht in 20 Jahren ohne Lösung dastehen

Eine Abgabe im Baurecht komme nicht in Frage. Für den Stadtrat sei immer klar gewe-

sen, dass die Stadt, sollte es zum Tausch der städtischen Teilfläche mit dem Kanton kommen, einen Realersatz wolle, weil sie selbst nicht viele bebaubare Landflächen besitze. «Die Stadt Zug hätte auch Ideen, welche Flächen für sie spannend wären. Wie von der Baudirektion ausgeführt wurde, ist das teils nicht möglich, oder es sind auf die-

sen Flächen bereits Projekte geplant», sagt Raschle.

Darum sei entschieden worden, dass der Prozess weitergeführt werden solle. Jedoch nicht endlos, damit die Stadt nicht noch in 20 Jahren ohne Lösung dastehe. «Es wurde der Kompromiss gefunden, dass der Kanton den ökonomischen Wert der städtischen Teilfläche mit rund 1,8 Millionen Franken an die Stadt abzugelten hat, wenn bis Ende 2034 kein Tauschobjekt vorliegt», erklärt Raschle.

«3000 Franken sind lächerlich»

«Die Reaktionen aus der Bevölkerung nach der Veröffentlichung der Vorlage waren enorm. Es herrscht eine breite Empörung in der Stadt Zug», hält GPK-Präsident Philip C. Brunner fest. Weite Bevölkerungskreise würden die Meinung der gegründeten IG Erhalt Landsgemeindeplatz teilen und es nicht verstehen, wenn der GGR der Vorlage zustimme. Aus kommunikativer Sicht seien im Verlauf des Prozesses einige entscheidende Fehler gemacht worden.

Brunner fährt fort: «Rückblickend wäre an mehreren Stellen ein transparenteres Vorgehen wünschenswert gewesen. Man hätte eine Vernehmlassung machen können. Man hätte mit den direkt betroffenen Personen und Nachbarschaften in Kontakt treten und sie abholen können.»

Weiter hält die GPK die vorgesehenen rund 3000 Franken pro Quadratmeter der Tauschfläche für einen lächerlichen Preis. Sie vertritt die Auffassung, dass der Preis bei mindestens 10'000 Franken pro Quadratmeter liegen müsse.

33 Millionen Überschuss in Baar

Die Rechnung 2024 der Gemeinde Baar schliesst massiv besser als veranschlagt.

«Bereits im vergangenen Herbst hatte sich abgezeichnet, dass die Gemeinde Baar auch das Jahr 2024 mit schwarzen Zahlen und weit über den Prognosen abschliessen wird», heisst es in einer Mitteilung der Gemeinde Baar. Während das Budget einen Ertragsüberschuss von rund 8,5 Millionen Franken vorsah, weist die Jahresrechnung 2024 ein Plus von gut 33,2 Millionen aus.

Zu diesem Resultat haben laut Mitteilung «sowohl ein deutlich tieferer Aufwand als auch markant höhere Erträge beigetragen». Budgetiert war ein Aufwand von knapp 158,9 Millionen Franken. Ausgegeben wurden schliesslich 10,6 Millionen weniger. Dies lässt sich hauptsächlich auf den Wegfall des Beitrags an den nationalen Finanzausgleich (NFA) zurückführen. Dieser war mit 9,4 Millionen Franken budgetiert. Die Zahlungen an den NFA übernimmt mit der aktuell geltenden achten Steuergesetzrevision vollumfänglich der Kanton. Zum

tieferen Aufwand hätten zudem tiefere Personalkosten und Abschreibungen beigetragen. Aussergewöhnlich für Baarer Verhältnisse sei, dass der Sachaufwand um knapp 670'000 Franken höher ausgefallen sei als budgetiert. Dies entspreche Mehrausgaben von 2,8 Prozent.

Höhere Bewertung der Liegenschaften

Mit gut 181,5 Millionen schliesst auch die Ertragsseite deutlich positiver ab als erwartet. Budgetiert war ein Ertrag von 167,4 Millionen Franken. «Für einmal waren es nicht höhere Steuereinnahmen, die zum besseren Ergebnis geführt haben», wird Gemeinderat Mark Gustafson in der Mitteilung zitiert. Die Steuern der juristischen Personen fielen mit 52,9 Millionen gar tiefer aus als budgetiert.

Von natürlichen Personen flossen 63,2 Millionen Franken in die Gemeindekasse, rund 800'000 Franken mehr als veranschlagt. Deutlich höher wa-

ren die Grundstückgewinnsteuern, die das Budget um fünf Millionen Franken übertrafen. Dass der Ertrag um 14,1 Millionen Franken höher ausgefallen sei, sei wesentlich auf Buchgewinne bei den Liegenschaften des Finanzvermögens zurückzuführen, heisst es weiter. Im Jahr 2024 wurden drei gemeindeeigene Liegenschaften neu bewertet. Ihr Wert ist um

7,6 Millionen Franken gestiegen. Das wirke sich auch in der Erfolgsrechnung aus.

Weiterhin hohe Investitionen

Wie bereits in den Vorjahren habe die Gemeinde auch 2024 viel investiert. Netto flossen 36,2 Millionen Franken «insbesondere in Infrastrukturprojekte wie den Neubau der Schule Wie-

senthal oder die Erweiterung und Sanierung der Schule Sternmatt 1», steht in der Mitteilung. Im Vorjahr lagen die Investitionen noch höher, nämlich bei 48,1 Millionen Franken.

Die Investitionstätigkeit werde auch in den Folgejahren nicht abreißen. «Wir haben weitere grosse Projekte wie den Ausbau des Bushofs oder die Neugestaltung und Überbauung des Bahnmatt-Areals in der Pipeline», erklärt Finanzvorstand Mark Gustafson in der Mitteilung. «Das einmal mehr erfreuliche Resultat hilft uns jedoch, diese Investitionen aus eigenen Mitteln und ohne Verschuldung zu finanzieren.» Trotz der hohen Investitionen sei das Nettovermögen pro Einwohner von 6366 auf 6713 Franken gestiegen.

Rückstellung für weiteren Steuerrabatt

Weil die Gemeinde wie in den letzten Jahren einen hohen Ertragsüberschuss schreibt, stell-

ten sich Fragen zur Überschussverwendung und zum Steuerfuss, heisst es in der Mitteilung. An der Budgetgemeindeversammlung vom Dezember 2024 wurde schon eine Senkung des Steuerfusses von 53 auf 51 Prozent beschlossen. «Nun schlägt der Gemeinderat, 3,17 Millionen Franken zur Finanzierung eines Rabatts von 3 Prozent auf den Steuerfuss 2026 rückzustellen.» Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler würden damit entlastet. Die Gemeindeversammlung findet am 11. Juni, 19.30 Uhr im Gemeindesaal statt.

Je 8 Millionen Franken wären für zusätzliche Abschreibungen und die Vorfinanzierung für die Sanierung der Schule Sternmatt 1 vorgesehen. Fünf Millionen Franken sollen in die finanzpolitische Steuerausgleichsreserve fliessen. Zudem wolle der Gemeinderat 200'000 Franken zusätzlich zur Unterstützung von Hilfsprojekten im In- und Ausland einsetzen. (haz)



Der Gemeinderat schlägt eine Rückstellung für einen künftigen Steuerrabatt vor.

Archivbild: Patrick Hürlimann